



Lars Patrick Berg MdL

Innenministerium Baden-Württemberg
Herrn Minister Thomas Strobl
Willy-Brandt-Str. 41
70173 Stuttgart

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:

Name: Herr Berg
Telefon: 0711 2063 - 5615
Telefax: 0711 2063 -145615
E-Mail: larspatrick.berg@afd.landtag-bw.de

Datum: 30. Oktober 2018

Gruppenvergewaltigung in Freiburg durch mutmaßlich mehrere Asylbewerber

- **Durchgreifen des Sonderstabes**
- **Umsetzung aller Sanktionsmöglichkeiten des Rechtsstaates gegen die mutmaßlichen Täter**
- **Schnelle Verbesserung der Sicherheitslage**
- **Korrektur von Gesetzen zum besseren Schutz der Bürger**

Sehr geehrter Herr Minister Strobl,

ein neuer furchtbarer Kriminalitätsfall erschüttert Freiburg. Eine junge Frau von 18 Jahren soll von mehreren Männern brutal über Stunden hinweg vergewaltigt worden sein. Medienberichten zufolge soll es sich um acht bis 15 Täter mit Migrationshintergrund handeln. Darunter mutmaßlich auch mehrere syrische Asylbewerber. Viele davon mehrfach polizeibekannt.

Der Presse ist zu entnehmen, acht Männer seien in Untersuchungshaft. Sieben von ihnen seien Syrer im Alter von 19 bis 29 Jahren. Einer von ihnen wird nach Angaben des Stuttgarter Innenministeriums im Ausländerzentralregister allerdings als Iraker geführt. Er selbst habe sich als Syrer bezeichnet. Außerdem sitze ein 25 Jahre alter Deutscher in U-Haft, dieser soll angeblich – je nach Bericht – einen Migrationshintergrund haben.

Zunächst möchte ich Ihnen für die Anteilnahme danken, welche Sie gegenüber dem Opfer äußerten. Sie haben Recht, diese Tat kann keinen „kalt“ lassen. Der Rechtsstaat muss alle Mittel ergreifen, um die Täter konsequent zu bestrafen. Dabei dürfen auch neue



Lars Patrick Berg MdL

Wege, wie Ausgangssperre für polizeibekanntes Asylbewerber, kein Tabu sein. Ich bitte Sie, sich hier gegen die Grünen durchzusetzen, welche die Tat dafür nutzen wollen, die berechtigten Wünsche der Bürger nach Schutz und Sicherheit abzuwerten und somit die Tat für den sogenannten „Kampf gegen Rechts“, also den Kampf gegen die bürgerliche Wertegesellschaft zu führen und den gebotenen Unmut über die fehlende Sicherheit im Lande so im Keim zu ersticken.

Ich bitte Sie, mich über folgende Maßnahmen zu unterrichten:

- Wie viele Sicherheitspartnerschaften es noch braucht, bis die Sicherheit im Lande wieder tatsächlich gegeben ist.
- Ob sich der Sonderstab mit dem Fall befasst und wenn ja, welche Maßnahmen er zur raschen Abschiebung der mutmaßlichen Täter ergreift.
- Welche Möglichkeiten Sie sehen, Sanktionen gegen die Täter zu verhängen, bis es zur Abschiebung kommt.
- Welche Möglichkeiten es gibt, straffällige Asylbewerber mit einer Ausgangssperre zu belegen und welche Gesetze ggf. dafür geändert werden müssen.
- Welche Maßnahmen Sie ergreifen, um den gebotenen und legitimen Protest von Bürgern gegen Straftaten von Asylbewerbern nicht von Vertretern der Asyllobby und linker Kräfte diskreditieren zu lassen und das Recht auf Demonstration und freie Meinungsäußerung sicher zu stellen.

Folgende Forderungen sind meines Erachtens umgehend umzusetzen:

- Ausgangssperre für straffällige Asylbewerber.
- Unterbringung in abseits gelegenen Unterkünften von straffälligen Asylbewerbern ohne ÖPNV-Anschluss.
- Schnelle und auch gegen das Aufbegehren der Grünen umzusetzende Abschiebungen, von Straftätern auch nach Afghanistan, Syrien und dem Irak.
- Unterbindung der Veröffentlichung von Abschiebeterminen im Internet.



Lars Patrick Berg MdL

- Hartes Vorgehen gegen Linksextremisten, die legitimen Bürgerprotest diffamieren und auch mit Gewalt attackieren.

Völlig zu Recht wird gefordert, nicht alle Asylbewerber über einen Kamm zu scheren. Damit die tatsächlich Schutzberechtigten und ehrlichen Asylbewerber nicht unter falschem Verdacht geraten, ist ein umso konsequenteres und unnachgiebiges Vorgehen gegen straffällige Asylbewerber gefragt. Es ist schlicht nicht verständlich, wie es sein kann, dass Asylbewerber teilweise ganze Aktenstapel an Straftaten begehen, es aber dank Bürokratie und linksgrüner Ideologie nicht zu Abschiebungen kommt. Hier gilt es schnell anzusetzen. Ein erster Schritt wäre hier auch ein stringentes Vorgehen gegen die „Aktion Bleiberecht“ in Freiburg, welche vermutlich die Abschiebung auch von Kriminellen durch die illegale Veröffentlichung von Abschiebeterminen vereitelt.

Ich bitte Sie dringlich, nicht wieder vor den Grünen einzuknicken und konsequent für Sicherheit und Rechtsstaat einzutreten!

Mit freundlichen Grüßen

Lars Patrick Berg MdL